

Merseburger Correspondent.

Er erscheint täglich
(mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.
Abonnementchluss Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:
Illustriertes Sonntagsblatt mit Mode und Heim,
Landwirtschaftliche und Handelsbeilage.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Fernträger,
1,82 Mark durch die Post incl. Postgebühren.

Nr. 198.

Donnerstag den 24. August.

1905.

Die Reichsfinanzreformvorlage.

Die „Kreuzzeitung“ hätte nicht aus einem hohlen Haß geschöpft, als sie vor einiger Zeit andeutete, daß den Kern der Reichsfinanzreform eine Erhöhung der Tabaksteuer bilden werde. Auch uns waren aus den Kreisen der Tabakindustrie, der die Tatsache, daß man sich im Reichshausmann neuerdings sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt, natürlich nicht unbekannt geblieben war, lebhaftige Beforgnisse geäußert worden, die uns jedoch übertrieben zu sein schienen. Nun werden aber doch alle Zweifel, die etwa noch in dieser Beziehung bestanden haben, und die sich an die Hoffnung anklammerten, daß die Reichsregierung angesichts der einen solchen Aktion entgegenstehenden Mehrheitsverhältnisse im Reichstag sich schwerlich auf ein solches gewagtes Projekt einlassen werde, beseitigt, wenn sich die der „Köln. Volksztg.“ von „gut unterrichteter Seite“ zugehende Meldung bestätigt, daß eine recht „gefahrene Tabaksteuererhöhung“ vorgelegt werden sollte, die auf einen Mehrbetrag von 50 bis 60 Millionen zugeschnitten sei und für welche die Zustimmung der Konservativen und der Nationalliberalen schon gesichert sei. Dagegen solle, wenn der Gewährung des rheinischen Zentrumsblattes recht unterrichtet ist, an der Brantweinliebhaberei nicht gerührt werden. Danach scheint ja die Regierung hinter den Kulissen schon recht kräftig bei einzelnen Parteien für das Projekt vorzuarbeiten zu haben, das natürlich auch die Zustimmung der Reichspartei finden wird.

Der Reichshaussekretär Herr v. Stengel ist also — das darf heute schon als feststehend gelten — mit seinem Projekt einer Reichserbschaftsteuer an dem Widerstand der preussischen Stimmen im Bundesrat gescheitert. Mit der Erhöhung der Tabaksteuer soll die den Konservativen unbenahmte Reichserbschaftsteuer erwirgt werden, und Herr v. Stengel hat sich offenbar schon, ohne sich über seinen Mißerfolg fonderlich zu grämen, in das Unvermeidliche gefügt. Preußen hat also wieder einmal im Bundesrat seinen Willen durchgebrückt. Das ostelbische Junkertum wird auch mit unvorstellbarer Befriedigung davon Bericht nehmen, das ihm die Brantweinliebhaberei ungehämelt erhalten bleibt.

Die Reichsfinanzreformvorlage, die durch die Aufnahme einer Reichserbschaftsteuer auch den Parteien der Linken schmachhaft gemacht werden sollte, wird also jetzt ganz nach den Wünschen der Agrarier zugeschnitten sein. Während sie im ersten Falle im Reichstage schwerlich auf ernstlichen Widerstand gestoßen wäre, eröffnet sie die also verschlechterte Vorlage die Aussicht auf die heftigsten parlamentarischen Kämpfe. Das Zentrum hat sich durch seine maßgebenden Organe gegen eine Erhöhung der Tabaksteuer so unabweislich und energisch ausgesprochen, daß es einen event. späteren Unfall nicht riskieren kann, wenn es seine Wähler aus der Arbeiterklasse nicht zu Tausenden in die Arme der Sozialdemokratie treiben will. Herr v. Stengel dürfte also mit dieser Reichsfinanzreform beim Reichstage wenig Gelegenheiten finden. Sollte aber die Reichsregierung, wie ebenfalls schon schlichterhand angedeutet worden ist, auf dieser Föhrung der Reichsfinanzreformfrage unter allen Umständen bestehen und im Falle der Ablehnung der Vorlage an die Wähler appellieren wollen, so soll sie's nur tun. Die Wähler werden ihr sicherlich eine recht deutliche Antwort erteilen.

Russland und Japan.

Zu den Friedensverhandlungen meldet das „Neuerliche Bureau“ aus Portsmouth: Beide Parteien haben die Protokolle vorbereitet, die in der Dienstag-Sitzung der Konferenz gegenseitig vorgelegt werden sollen. Folgendes ist eine Uebersicht über die in den Protokollen enthaltenen Behauptungen, betreffend die von den Russen abgelehnten Artikel. Bezüglich des fünften Artikels behaupten die

Japaner, daß ihr Anspruch auf den Besitz von Sachalin sowohl auf Grund ihrer nationalen Rechte, als auch deshalb völlig gerechtfertigt sei, weil die Insel von der japanischen Streitmacht schon besetzt sei. Die Russen behaupten im Gegenteil, vor 1850 hätten die Japaner keinen Anspruch auf Sachalin gemacht und hätten nie die Insel kolonisieren können, schließlich sei die russische Souveränität durch Verträge von 1875 endgültig anerkannt worden. Bezüglich des neunten Artikels verlangen die Japaner die Rückkehr der russischen Kriegskosten. Da Japan auf Grund der russischen Angriffe und der Selbsthaltung wegen gezwungen worden sei, die Waffen zuzugreifen, und da die Japaner überall siegreich gewesen seien, sei Japan berechtigt, die Entschädigung zu verlangen. Russland bestritt, die Lage Japans sei eine solche, daß es auf dieser Bedingung bestehen müsse. Russland erkennt nicht an, daß es überwinden sei, und behauptet, Japan habe auf Entschädigung keinen Anspruch, weil die japanischen Truppen kein russisches Gebiet besetzt hätten. Solches Verlangen sei ohne Beispiel. Russland habe niemandem Entschädigung und Kriegskosten gezahlt, auch nicht, als Napoleon Moskau besetzt hätte. Betreffend den zehnten Artikel erklären die Russen, daß das Verlangen nach Uebergabe der internierten Kriegsschiffe den völkerrechtlichen Prinzipien widerspreche. Die Japaner behaupten das Gegenteil und erklären, die Einschränkung der russischen Seemacht im fernem Osten sei unbedingt unentbehrlich im Interesse der Erhaltung eines dauernden Friedens. Russland lehnt den Artikel gänzlich ab, fügt aber hinzu, es sei bereit zu der Erklärung, daß es keineswegs Japans Seemacht im fernem Osten zu bedrohen gedenke.

Ueber die Friedensaussichten soll sich die Bitte eines Vertreters des „Kof.-A.“ gegenüber recht pessimistisch geäußert haben. Er habe gesagt: „Die gegenwärtige Situation erscheint mir sehr gespannt, und ich glaube nicht an die Möglichkeit des Friedens. Die japanischen Bedingungen sind für Russland demütigend. Die Japaner suchen, glaube ich, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Sie kommen mit Änderungen im Text des Protokolls, die eine Neubearbeitung der Manuskripte erheischen. Ich kann vor morgen nicht sagen, daß jede Hoffnung geschwunden sei; aber die Aussicht auf Frieden erscheint mir so gering, daß ich sie gleich Null betrachte.“ Bitte dementierte ferner folgende drei Punkte: erstens, daß Roosevelt ein Schiedsgericht vorgeschlagen, zweitens, daß er, Witte, außer seinen ursprünglichen neue Instruktionen aus Petersburg empfangen, drittens, daß Roosevelt den Rückkauf von Sachalin angeregt habe. Der Minister ist immer noch überzeugt, daß der Frieden in Russlands Interesse läge, ja für das Reich absolut nötig sei, wie es immer seine Ansicht war. Aber die Staatshöflichkeit der Japaner zwingt zur Fortsetzung des Krieges. Der Zar selbst habe ihm einewitziges Telegramm mit der Bitte um Fortführung des Kampfes zugehen lassen.

Die für Dienstag anberaumte Sitzung der Friedenskonferenz wurde auf Mittwoch früh 9 1/2 Uhr verschoben. Als Grund wird angegeben, daß die Protokolle durch die Sekretäre noch nicht fertiggestellt seien.

Deutsch-Südwestafrika.

In der Ernennung des Herrn von Lindau zum Gouverneur in Deutsch-Südwestafrika erblickt der konservative „Reichsbote“ ein Anzeichen dafür, daß nicht nur in der Verwaltung der Kolonie eine Aenderung eintreten, sondern daß auch die künftige Kriegführung eine andere sein wird, das sie sich wieder der Art nähern wird, in welcher die Franzosen und Keumene die Schwarzen bekämpften. Der „Reichsbote“ ist der Ueberzeugung, daß durch das Ausgebot einer verhältnismäßig großen Truppenmenge sich in Südwestafrika den Schwarzen

gegenüber schnelle Erfolge nicht erzwingen lassen. Allerdings sei es gelungen, die Herero zu zersprengen und die Witbois können ja möglicherweise auch das selbe Schicksal erleiden. Aber damit sei die Widerstandsfront der Schwarzen noch nicht gebrochen und der Krieg noch lange nicht beendet. Das konservative Blatt nimmt Bezug auf Kenner der Verhältnisse, die bereits gesagt haben, daß es noch zwei Jahre dauern werde, bis die Kolonie sich wieder beruhigt habe, und spricht sich dann für eine umfassende Verringerung der Schutztruppe aus.

Eine neue südwestafrikanische Verlustliste meldet ein Telegramm aus Windhof: Sergeant Anton Naiba, geboren am 5. 6. 80 zu Moslowitz, am 18. August 1905 im Lazarett Swakopmund an Typhus gestorben. Unteroffizier Wilhelm Barz, geboren am 22. 5. 82 zu Erfurt, wurde am 18. August 1905 in Dlofonbu beim Schulschießen infolge eines Unglücksfalles durch einen Schuß in den Oberarm und die Lunge schwer verwundet und ist an demselben Tage im Lazarett Dlofondu an Herzschwäche infolge Blutverlustes gestorben. Reiter Karl Strammann, geboren am 12. 8. 83 zu Gelsenkirchen, ist am 19. August 1905 in der Kranken-Sammelstelle Gibcon an Malaria gestorben.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Großer Kronrat wird gegenwärtig in Aschl, wo Kaiser Franz Josef in der Sommerfrische jährlich weilt, abgehalten. Sämtliche gemeinsame Minister wollen im kaiserlichen Hoflager. Eine weitere Reihe von Staatsmännern ist auf dem Wege dorthin. Den Gegenstand der Beratung bildet natürlich die Situation in Ungarn. Augenblicklich bedarf der ungarische Ministerpräsident Freiberger von Fejervary neuer Vollmachten, um der Koalition entweder erfolgreich gegenüber zu treten, oder ihr ein neues Verhandlungsprogramm zu bieten. An der Spitze der zu erörternden Fragen steht die des ungarischen Kommandos, welche bekanntlich das einzige Hindernis für die Bildung eines parlamentarischen Ministeriums Ungarns ist. Nächstem kommt die finanzielle Frage in Betracht, die Feststellung der notwendigen Geldmittel für Heer und Verwaltung, da das gemeinsame Reichsbudget bisher nicht zustande kam. — In den Kohlenbergwerken von Zinskirchen (Oesterreich) herrscht allgemainer Ausstand. Die Stimmung ist sehr erregt. Eine Anzahl Arbeiter versuchte, die Webmaschinen zum Stillstand zu bringen. Vier Arbeiter wurden von der Polizei verhaftet. — Die Stimmung in Ungarn fennzeichnet ein Vorfall, der sich in Kaschau zutrug. Als dort kürzlich ein Leutnant namens Boris ein Mannschafszimmer betrat, gab ein Reservist anstatt in deutscher in ungarischer Sprache „Achtung!“ Der Offizier rügte dies und befahl den Reservisten zum Regimentesappell. Ein Kaschauer Blatt erzählte den Vorgang. Boris erschien darauf mit einigen Kameraden in der Redaktion des Blattes und überreichte den Redakteur. Es entstand eine Kauferlei, an der auch das herbeieilende Personal teilnahm. Die Offiziere zogen blank und der Redakteur gab einen Revolverfuß auf Boris ab; die Kugel prallte aber von dem Riemen des Säbels zurück. Der Redakteur sowie der Leutnant Boris wurden leicht, ein Seher aber durch einen Säbelstich schwer verwundet.

Frankreich. Präsident Loubet wird, wie die Blätter melden, den im Departement Aube stattfindenden und von General Brugeres zu leitenden großen Manövern beiwohnen. Eine Parade der Truppenteile, die an den Manövern teilgenommen haben, findet nicht statt. Am 11. September wird Präsident Loubet die an dem Manöver beteiligten Generale sowie die Militärbefehlshaber der fremden Mächte zu einem Frühstück in Brienne-le-Chateau vereinigen. — Ministerpräsident Rouvier ist

am Dienstag von Thonon les Bains nach Paris zurückgereist.

Russland. Die russische Reichsduma soll, wie dem „Tag“ versichert wird, gleich nach ihrer Öffnung folgende Fragen zur Erledigung bringen: Die Lage der Städte, die Bauernreform, die Judenfrage, Einföhrung und Verpflichtung zur Lehrtätigkeit, Abänderung der Lage der Semstwo's. Zwei Wochen vor Beginn der Sitzungen werden alle Mitglieder der Reichsduma zusammenkommen, um ihre Vollmachten vorzulegen. — Die Petersburger Polizei verhaftete am Sonntag in der bei Petersburg gelegenen Sommerfrische Udelnaja 10 Personen, darunter den Historiker und Publizisten Miljukow, den Ingenieur Professor Brandt und andere Schriftsteller und Ingenieure.

Norwegen. Das norwegische Storting hielt am Dienstag vormittag eine geheime Sitzung ab, um die Vorlage der Regierung betreffend Einleitung von Verhandlungen mit Schweden zu beraten. Die Regierungsvorlage wurde mit 104 gegen 11 Stimmen angenommen. Der Storting ernannte die Regierung, Schweden das Ergebnis der Volksabstimmung mitzuteilen und es zu erwähen, in die Aufhebung der Reichsakte zu willigen sowie auf dem Wege von Verhandlungen bei der friedlichen Abwicklung der die Union betreffenden Fragen mitzuwirken. Ferner ernannte das Storting die Regierung ihrem Antrage entsprechend dazu, Delegation zu ernennen, die Norwegen bei den Verhandlungen mit Schweden vertreten sollen.

Türkei. Aus Mazedonien wird der „Ref. Jg.“ berichtet: Bei Margar in der Nähe von Brillem kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen dem serbischen Führer Oligor Sotolowitsch und einer eigenen zu dessen Verfolgung aus Bulgarien für kurze angelaufenen bulgarischen Bande. Das Gefecht dauerte drei Stunden und endete mit der Zerstörung der bulgarischen Bande, die 30 Mann verlor. Die türkischen Truppen, die sich in der Nähe befanden, erlaubten sich eine Einmischung.

Marokko. Der französische Gesandte in Marokko, Taillandier, hat am Montag in bezug eine Note überreicht, in welcher er in nachdrücklicher Weise die Freilassung des algerischen Hauptmanns, die Befreiung des schuldigen Kaid's sowie die Zahlung einer Entschädigung von 2000 Dollars und von noch 100 Dollars für jeden weiteren Tag der Verhaftung fordert. Man will wissen, daß die französische Regierung, falls nicht sofortige Befriedigung gewährt wird, eine bedeutende Demonstration machen wird, die entweder in der Besetzung eines Punktes an der algerischen Grenze oder in einer Flotten Demonstration vor einem marokkanischen Hafen bestehen soll. Die diplomatischen Kreise sind überzeugt, daß der Sultan folgende Befriedigung versprechen wird. — Auch Deutschland soll sich der französischen Auffassung angeschlossen haben.

Deutschland.

Berlin, 23. Aug. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin unternahmen am Dienstag früh von Wilhelmshöhe aus einen gemeinsamen Ausritt. Später hörte der Kaiser den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts Grafen von Hülsen-Haeseler. Nachmittags unternahmen Ihre Majestäten und Prinzessin Viktoria Luise einen Ausflug zu Wagen nach dem Bainsberg, wo der Tee genommen wurde. Am Abend begab sich der Kaiser mit den Herren des militärischen Gefolges in einen Sonderzug auf Bahnhof Wilhelmshöhe. Der Zug ist heute morgen 3 Uhr 35 Min. über Altenhofen und Naderborn nach dem Seemelager abgegangen, wo der Kaiser von 7 Uhr ab dem Exercieren der Kavallerie-Division B des 18. Korps beimohnt.

(Die Antwort des Kaisers) auf das Jubiläumstelegramm des Deutschenkatholikentages in Straßburg ist dem Präsidenten Gebirgigen zu Kövontein am Dienstag vormittag zugegangen. Sie lautet: Durch die Worte warmer Vaterlandsliebe und treuer Anhänglichkeit, mit denen die Generalversammlung des katholischen Deutschlands seine Majestät der Kaiser und König in dem heutigen Telegramm begrüßt hat, sind Allerhöchst Dieselben hoch erfreut worden. Seine Majestät lassen Gr. Durchlaucht bitten, allen Teilnehmern der Versammlung Allerhöchst ihren Dank auszusprechen. Im Allerhöchsten Auftrage v. Lucanus.

(Von den beiden ältesten Söhnen des Kaisers) gibt die „Allg. ev. luth. Kirchenztg.“ ein aufsehendes konservativem Heiden bezeichnendes Blatt, eine interessante Charakteristik im Anschluß an die Meldung, daß die Norwege auf der Suche nach einem Oberhaupt auch den Prinzen Gisel Friedrich ins Auge gefaßt haben. Das Blatt schreibt: In London will man wissen, sie dächten an den Prinzen Gisel Friedrich von Preußen. Dieser Künftling der Nordamer soll durchaus überall Präbenten spielen. Früher hieß es, er werde zum König von

Ungarn geführt werden und lerne darum bereits eifrig magyarisch. Natürlich ist das Unimm. Wir können diesen begabten Jüngling sehr gut selber brauchen. Sein Bruder, der Kronprinz, ist ein seltlicher treuer Mensch vom Typus Friedrich Wilhelm III., hat die Natur des Vaters, aber nicht dessen Feuerheit. Gisel Friedrich hat umgekehrt der Mutter Gestalt und Gedächtnisse ererbt und dabei den Gedankenhochflug der Großen unter den Jollern. Soll er nun eben auch eine Rolle spielen, wie 1870 Prinz Leopold mit der spanischen Kandidatur? In London würde man sich nicht genieren, das Paris von damals zu kopieren. à Berlin, à Berlin!

(Die Nachricht von Prinz Heinrichs Amerikareise,) die verschiedene Blätter weiter verbreitet haben, wird vom Hofmarschallamt des Prinzen als völlig unbegründet bezeichnet.

(Eine geheime Verfügung,) betreffend der polnischen marianischen Kongregationen, hat, nach dem „Dziennik Pognanski“, der Regierungspräsident von Posen an alle Landräte seines Bezirkes erlassen. In der Verfügung wird hervorgehoben, es habe sich bei Gelegenheit des ersten Generalkongresses Ende September v. J. in Lemberg ergeben, daß in diesen Kongregationen unter dem religiösen Mantel auch nationale Politik getrieben werde. Der Regierungspräsident hält es daher für notwendig, den polnischen Kongregationen und ihrer weiteren Entwicklung fortan mehr Beachtung zu schenken, und ersucht, ihm binnen 2 Monaten die Zahl der im betreffenden Kreise vorhandenen Kongregationen und über ihre bisherige Tätigkeit zu berichten.

(Für die Ausreise des für Ostafrika bestimmten Detachements) ist die Disposition, wie das „Berl. Tagebl.“ aus Kiel erfährt, geändert worden. Wie jetzt bestimmt wurde, werden die Mannschaften des zweiten Seebatallions am Mittwoch nachmittag auf der Ostsee anreisen. Die Ausreise über Berlin wird am nächsten Freitag angetreten. Auf Anordnung des Reichsmarineamts wurden alle Einjährig-Freiwilligen, die sich zur Beteiligung an dem Feldzuge in Ostafrika meldeten, zurückgewiesen. Es lag die Befehls vor, daß kein Einjähriger ausreisen dürfe. Man nimmt an, daß die Stationierung des Detachements im Schutzgebiet sich über die Dienstzeit der Einjährigen hinaus erstrecken wird. Die Dissee und die Nachbesatzung stellen das Sanitäts- und Zehnleutenpersonal. Verschiedene Teilnehmer haben bereits in China und in Ostafrika im Felde gedient.

(Aus Deutsch-Ostafrika.) Ein Telegramm aus Lindi vom 22. August meldet: Der „Buffard“ hat in Lindi den Verbleib z. S. Werner mit einem Detachement von 12 Mann und einem Maschinengewehr zurückgelassen. Der Kreuzer ist Dienstag früh nach Mikindani gegangen und hat dort ein Detachement, bestehend aus einem Maschinisten und 8 Mann nebst einem Maschinengewehr zurückgelassen. Dienstag abend geht „Buffard“ nach Kilwa Kivinja. Im Bezirk Lindi und Mikivani sind bisher keinerlei Unruhen ausgebrochen.

(Krausch) wurde bisher fast allgemein als diejenige Kolonie bezeichnet, welche im Gegensatz zu den afrikanischen Schutzgebieten eine wirtschaftliche Zukunft habe und die von Deutschland dort aufgewendeten Millionen lohnen werde. Im Gegensatz hierzu stehen die nachfolgenden Ausführungen, die wir Auffügen der „Köln. Volksztg.“ über „Wespolitik und Reichsfeuerreform“ entnehmen: „Die Befragung des „Rachgebietes Krausch“ gab im Laufe weniger Jahre den Anlaß zu Ausgaben im Betrage von rund 85 Millionen Mark, welchen weitere Aufwendungen in Höhe von 300 bis 400 Millionen folgen werden, ohne daß auch nur die Aussicht bestünde, daß dieses Gebiet jemals instand sein wird, die eigenen Verwaltungskosten einzubringen, viel weniger eine Verzinsung des hineingesteckten Kapitals zu leisten. Die Hoffnung, dort einen Stützpunkt für die Einfuhr deutscher Fabrikate zu errichten, hat sich als vollständig verfehlt erwiesen; es hat sich zwar etwas Handel entwickelt, jedoch fast ausschließlich in indischen und japanischen Produkten. Die Stützpunkte für die Einfuhr nach China werden stets die an der Mündung der großen Flüsse liegenden Plätze wie Schanghai und Hongkong bleiben, weil sie die natürliche und billige Verkehrsgelegenheit, die Wasserstraße, beherrschen, und ebensowenig wie man etwa dem Handel von Bremen und Hamburg durch Barel oder Kolberg Konkurrenz schaffen kann, wird man aus Krausch einen Handelshafen machen können. So stellt die neueste Denkschrift den Wert der Gesamteinfuhr chinesischer Waren auf 5,5 Mill. Dollar, der nichteinfuhr auf 11,9 Millionen Dollar im Jahre 1903/04 fest; aber was unter den nichteinfuhrlichen Waren aus deutsches Fabrikat läuft, ist nicht erschlich. Von selten eines Zentrumsabgeordneten ist daher auch im vorigen Winter in der Budgetkommission für die künftigen Denkschriften eine nähere Angabe hierüber gewünscht worden. Es heißt

hierüber bis jetzt nur: „Die Einfuhr von spezifisch deutschen Artikeln wie Metalle, Antilinfarben, Nadeln, hat einen guten Anfang gemacht.“ Das ist also alles, und wenn sämtliche in Singtau eingefuhrten Artikel dieser Art aus Deutschland kommen, was nicht einmal sicher ist, so haben sie einen Gesamtwert von insgesamt 369 813 Dollar, eine lächerliche Summe, wenn man bedenkt, daß bei Flottenverleihen unsere Secinteressen auf zehn Milliarden berechnet werden! Auch die Hoffnungen, welche man auf Krausch als Erporthafen für Schantungsohlen setzte, haben sich nicht erfüllt, einerseits wegen der Beschaffenheit der Kostenlöse, andererseits wegen der belgischen Konzeption. Dr. Siemens, der Hauptförderer des Schantungunternehmens, der fernezeit mit großem Enthusiasmus an daselbst herangetreten war, sprach sich kurz vor seinem Tode dahin aus, daß die Schantung-Gesellschaft voraussichtlich einem gänzlichen Mißerfolge entgegen gehe, und daß er das ganze hineingestekte Kapital als verloren ansehe. Im Jahre 1904 hat die Gesamtförderung nur 84 700 Tonne betragen; die amtliche Denkschrift besagt über diese: „Die darunter befindlichen Stück- und Ausfußen haben infolge der besseren Qualität der Kohle und der durch die maschinelle Separationsanlage verbesserten Auslese sich für den Eisenbahnbetrieb und für die Kessel verschiedener ständiger Industrieanlagen in und um Singtau als ausreichend erwiesen.“ Mehr nicht? Jedenfalls ist sicher, daß unsere Flotte keine Kohle von dort beziehen kann.“

(Marinennachrichten.) „Hachtig“ ist am 19. d. M. in Darar eingetroffen und wird am 21. nach Santa Cruz (Senegalia) weiter gehen. „Buffard“ ist am 20. d. M. in Lindi eingetroffen. „Brüt Wisnard“ mit dem Stabe des Kreuzergeschwaders an Bord ist am 20. d. M. in Fichmulo eingetroffen und wird am 24. d. M. nach Singtau gehen. — „Stein“ wird am 30. d. M. von Vigo nach Cartagena gehen.

Volkswirtschaftliches.

Das ländliche Genossenschaftswesen befindet sich z. Jt., wie die Vorkommisse in Neuwied gezeigt haben, amiesellos in einer ersten Krise, von der man nur wenig kann, daß sie recht bald in einer für die Beteiligten nicht all zu schmerzlichen Weise überwunden werde. Man hätte nun erwarten sollen, daß auf dem Straßburger Verbandstage der ländlichen Genossenschaften die Gründe für diese unangünstige Entwicklung eingehend erörtert worden wären. In den Berichten der Presse sucht man jedoch vergeblich eine solche, dem Ernst der Situation entsprechende Darlegung der Gründe der vielfachen Mißerfolge der Raiffeisen-Vereine, obwohl diese in landwirtschaftlichen Kreisen keineswegs unbekannt geblieben sind. In der „N. Bayr. Landztg.“, dem Organ der bayerischen Bauernbündler, wird von einem „gründlichen Kenner des Genossenschaftswesens“ geschrieben, mit welcher Leichtfertigkeit viele dieser Vereine gegründet worden sind: Politik, Eifersucht, Gemeinwohl, Konfession, Dummheit und Vereinskriecherei sind nicht selten die Veranlassungen für die Gründung eines Darlehens-Raiffeisenvereins. Und die Folgen hiervon? Schon bei der Gründungsversammlung gebracht es am Notwendigsten: Mit Ach und Krach bringt man einen Vorstand und Ausschickrat zusammen. Ein passender Redner hält noch schwerer: „... Nicht sehr selten werden Vereine gegründet, welche schon bei der Gründung den Todesstern in sich tragen, weil nicht die richtigen Männer an die Spitze gestellt werden. Jebermann kennt sie in der Gemeinde als die größten Sprüchmacher oder Schuldner und aus diesem Grunde gehen die besseren kapitalkräftigen Nachbarn garnicht bei, oder ziehen sich bald wieder zurück. Wie können solche Männer im Vorstand und Ausschickrat gegen säumige Mitglieder vorgehen? Es ist garnicht denkbar und die Folge hiervon ist: Die Verlebung der Vereins und das Anwachsen der Schulden und Zinsrückstände.“ Daß die hier geschilderte treibhausartige Entwicklung der Raiffeisenvereine einmal verhängnisvolle Folgen zeitigen werde, ist von den Schulde-Delictigen Genossenschaften oft genug vorausgesagt worden. Die wohlgemeinten Warnungen haben aber nichts gefruchtet.

(Für einen Handelsvertrag mit Schweden) sind jetzt von der deutschen Reichsregierung die Vorarbeiten aufgenommen worden. Im Auftrage der Reichsregierung wendet sich der Deutsche Handelsrat an die Handelskammern und kaufmännischen Korporationen mit der Aufforderung, so schnell wie möglich Wünsche hinsichtlich des schwedischen Zolltarifs zu äußern. Augenblicklich besteht zwischen dem Deutschen Reich und Schweden kein Handelsvertrag, sondern nur das Verhältnis der gegenseitigen Meistbegünstigung.

Daß unter der Reichsnot auch die Kleinrentbesitzer leiden, wird in einer Korrespondenz der Silberhauferer „Dorfztg.“ aus

Grosse Eingänge von hervorragend schönen Kleiderstoffen für Herbst und Winter

in Wolle, Halbwolle, Seide und Baumwolle.

Aussergewöhnlich billige Verkaufspreise,

ermöglicht durch ganz frühzeitige Abschlässe, wobei die eingetretene große Steigerung auf dem Woll- und Baumwollmarkt und die gegenwärtigen Streiks unberührt bleiben.

**Besondere Gelegenheitskäufe für Ernte- und Präsent-Kleider.
Reste und einzelne Roben spottbillig.**

Bedeutend im Preise herabgesetzt
Große Posten Knaben- u. Herren-Anzüge u. Arbeiter-Konfektion.

Ich bitte um Beachtung der Auslagen in meinen Schaufenstern.

Otto Dobkowitz, Merseburg,

Entenplan 3.

Höchstmöglich reelle Rabattgewährung in doppelten Marken oder bar.

**Außerordentliche
General-Versammlung**
der Begräbnis-Kasse der Zimmerer
Sonnabend den 26. August cr.,
abends 8 1/2 Uhr,
in Sachse's Restaurant.
Tagesordnung:
1. Veränderung der Statuten.
2. Verschiedenes.
Jahresrechnung wird erbitet der Vorstand.

Freiwillige Feuerwehr.
Montag den 28. Aug.
d. J.
Korpsübung.
Antreten pünktlich 8 1/4
Uhr am Gerätehaus.
Der Kommandant.

**Gesellschafts-Verein
„Euterpia“.**
Ausflug nach Meuschau.
Dieselbst findet nachmittags von
8 bis 7 Uhr und abends von 8 bis
12 Uhr im neuen Saale des Herrn
Paul Schmidt ein
Tänzchen
statt. Unsere Gäste sind herzlich will-
kommen.
Der Vorstand.

Vertrauenswürdige Dame oder Herr,
welche über freien Nachmittag verfügen, in an-
genehme selbständige Stellung gerücht. Perfekt
Klavier- oder Tischspielen erwerblich.
Off. unt. 22 A an die Exp. d. Bl. erb.

Zum 1. Oktober
ältere, erfahrene Köchin,
sowie besseres tüchtiges Hausmädchen
gesucht. Bewerbungen vormittags 9-11.
Frau von Borstell,
Hallestr. 33e.

Suche zum 1. Oktober ein junges fleißiges
Dienstmädchen, 15-17 Jahre alt.
Marie Nulandt, II. Ritterstr. 3 II.

Gesucht
zum 1. Oktober d. J. ein
junges Dienstmädchen.
Sich Meldebüchern schon
gebildet haben und gute Zeugnisse aufweisen.
Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Arbeitsbursche
(15-16 Jahre alt) der sofort gesucht.
F. E. Wirth & Sohn,
Hallestr. 9.

Suche zum 15. Oktober für meinen Jung-
gesellenhaushalt einen
 jungen Diener.

Soldat, die gewandt in persönlicher Bedienung
sind und gute Zeugnisse haben, wollen sich bei
mir melden. Schreibvertragen nicht gestattet.
Größe ca. 170 cm.
Dr. Freiherr von Reibnitz,
Regierungs-Referendar, Burgstr. 12.

Schuhmacher
zur Aushilfe außer dem Hause gesucht. Zu er-
fragen in der Exped. d. Bl.

Tüchtiges alt. Mädchen
mit guten Zeugnissen sucht zum 1. Oktober
Frau **Hölldorfer Boeckel, Bohlhaus.**

Aufwartung für ein paar Morgen-
stunden zum 1. Sept.
Leichtstr. 7a.

Ein junges
Mädchen als
Aufwartung
Leigrube 11.

Hohe

Butterpreise

sind infolge mangelhafter Futter-
ernte eingetreten.

Als anerkannt vorzüglichen Butter-
ersatz verwende jede Hausfrau

„Mohra-“

Margarine, die sich im Preise fast
um die Hälfte billiger, als Natur-
butter stellt, jedoch alle Eigenschaften
der letzteren für jede Verwendungs-
art besitzt.

Ueberall käuflich!



Zivoli-Theater.

Donnerstag den 24. Aug. 1905

Benefiz

Frau und Herr Gehring.
Madame sans gêne.
Theaterzettel siehe gefrige Nummer.

Kaiser-Wilhelmshalle.

Freitag den 25. August 1905
nur einmaliges großes

**Künstler-
Konzert**

angeführt vom
Elite-Konzert-Orchester.

Dirigent:
Ludmilla Gehrecke,
genannt der weibliche Strauß.
Konzertierte überall mit größtem
Erfolg!

Kunstschein
vom Königl. Konservatorium Leipzig.
Bestgewähltes Programm an der
Abendkasse zu haben.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Karten im Vorverkauf 40 Pf. bei den Herren
Fuchs, H. Ritterstr., und Diebold, Dom.
Vorzugspreise sind nur noch bis Donner-
stag nachmittag in der Kaiser-Wilhelmshalle zu
erhalten.

Flußbadeanstalt
im hies. Königl. Schlossgarten.
Temperatur des Wassers am 23. d. M.
17 Gr. R., 23 Gr. C.

Der Gesamtauflage unserer heutigen
Blätter liegt ein Ehrenlos-Prospekt der Herren
Franz Becker & Co. in Hamburg, Gürtel-
markt 33, bei, worauf wir unsere Leser beson-
ders aufmerksam machen.

Dierzu eine Beilage.

Provinz und Umgegend.

Halle, 23. August. Der sogenannte ältere Gastwirtsverein hatte beim Stadtausschuß Einspruch erhoben gegen die Erteilung der Brauntweinkonzession an Automatenrestaurants.

Weißenfels, 23. Aug. Vom hiesigen Schöffengericht wurde die verheiratete Landwirtin Emilie Geißler in Gorbetha wegen Nahrungs- und Genussmittelfälschung zu 20 M. Geldstrafe oder 4 Tagen Gefängnis verurteilt.

Naumburg, 23. Aug. Die frohen Hoffnungen, mit denen unsere Wäzler im Saale- und Unfrutritale nach dem günstigen Verlaufe der Nebenblüte dem heutigen Herbst entgegenzusehen, haben sich leider in der letzten Zeit recht getrübt.

Döberlitz, 23. August. Ein bedauerlicher Jagdunfall ereignete sich am ersten Tage der Hühnerjagd in hiesiger Flur.

Nordhausen, 23. Aug. Die Sandersche Dampfzägemühle in Königshof ist in der Senntag Nacht zwischen 11 und 12 Uhr vollständig niedergebrannt.

Saalfeld, 23. Aug. Verhaftet wurde hier der angebliche Referendar D. Berger, der unter dem Vorzeichen, er sei Angehöriger eines Leipziger Kredit- und Anlehnsbureaus, in verschiedenen thüringischen Städten eine Anzahl Geschäftsteile um größere Beträge beschwindelte.

Gommern, 23. Aug. In dem Steinbruch von Otto Wegel (Wegfeld) wurden zwei Arbeiter durch niedergehenes Gestein schwer verletzt.

Erfurt, 23. Aug. Einem Motorfahrer, der heute vormittag auf der Chaussee von Walsleben nach Mühlleben im schnellsten Tempo fuhr, verlagte an einer Kurve die Bremse.

Dippurg, 23. Aug. Als Gutsbesitzer Otto Haase auf seiner Wiese an der sog. „kleinen Aue“ mit Graemähen beschäftigt war, versank plötzlich das eine der die Nähmaschine ziehenden Pferde mit den Hinterbeinen über einen Meter tief.

Heiligenstadt, 23. Aug. Schwer verunglückt ist auf der Bahnlinie Oberrieden-Giechberg in der Nähe der Station Berleshausen der Lokomotivführer Laporte aus Göttingen.

Koburg, 23. Aug. Als Hochzeitsgeschenk des Koburger Landes für das Herzogspaar soll, einem Beschlusse des Komitees zufolge, dem Herzoge eine größere Geldsumme mit der Bestimmung übergeben werden, die in Verfall geratene Luther-Kirche auf der Weste Koburg restaurieren zu lassen.

Braunschweig, 23. Aug. Einem Unfall ist vermutlich der seit 1877 beim Herzogl. Hoftheater angestellte Kammermusikant und Cellist Job. Klingenberg zum Opfer gefallen.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 24. August 1905.

Die Beteiligung am kirchlichen Leben wie es die seit 1873 bestehende evangelische Kirchenverwaltung in der Provinz erstrebt, läßt behauerlicher Weise noch immer viel zu wünschen übrig.

öffentlichen Gottesdienste und von der Teilnahme an den Sakramenten ihre kirchliche Gemeinschaft zu betätigen aufgefordert haben.

Außerordentliche und regelmäßige Feldpost. Eine außerordentliche Feldpost nach Afrika geht wieder zu Ende dieses Monats.

Beleuchtet Flure und Treppen! Vielfach herrscht die irrtümliche Meinung, daß die Flur- und Treppenlampen erst vom September oder gar vom 1. Oktober ab, also mit Eintritt in das Winterhalbjahr, gebrannt werden müssen.

Die totale Sonnenfinsternis am 30. August. Mit eifrigen Vorbereitungen geht die wissenschaftliche Welt der nächsten, am 30. August eintretenden totalen Sonnenfinsternis entgegen.

Doppelte Ernte an Kartoffeln kann man in denselben Jahre machen, wenn man im August Kartoffeln erster diesjähriger Ernte pflanzt.

Von Interesse für jeden Naturfreund ist es, jetzt das Fortziehen der Vögel zu beobachten.

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich

(mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.
Abonnementpreis Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:

Illustriertes Sonntagsblatt mit Mode und Heim,
Landwirtschaftliche und Handelsbeilage.

Abonnementspreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Fernträger,
1.82 Mark durch die Post incl. Bestellgeld.

Nr. 198.

Donnerstag den 24. August.

1905.

Die Reichsfinanzreformvorlage.

Die „Kreuztg.“ hatte nicht aus einem hohlen Faß geschöpft, als sie vor einiger Zeit ansetzte, das Kern der Reichsfinanzreform eine Erhöhung der Tabaksteuer bilden werde. Auch uns waren aus den Kreisen der Tabakindustrie, der die Tafel, daß man sich im Reichsschatzamt neuerdings sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt, natürlich nicht unbekannt geblieben war, lebhaftes Besorgnisse geäußert worden, die uns jedoch übertrieben zu sein schienen. Nun werden aber doch alle Zweifel, die etwa noch in dieser Beziehung bestanden haben, und die sich an die Hoffnung anklammerten, daß die Reichsregierung angesichts der einer solchen Aktion entgegenstehenden Mehrheitsverhältnisse im Reichstag sich schwerlich auf ein solches gewagtes Projekt einlassen werde, beseitigt, wenn sich die der „Köln. Volksztg.“ von „gut unterrichteter Seite“ zugehende Meldung bestätigt, daß eine recht „gefälschte Tabaksteuererhöhung“ vorgelegt werden sollte, die auf einen Mehrbetrag von 50 bis 60 Millionen zugeschnitten sei und für welche die Zustimmung der Konservativen und der Nationalliberalen schon gesichert sei. Dagegen sollte, wenn der Generalmann des rheinischen Zentrumblattes recht unterrichtet ist, an der Brantweinliebhaberei nicht gerührt werden. Danach scheint ja die Regierung hinter den Kulissen schon recht kräftig bei einzelnen Parteien für das Projekt vorgearbeitet zu haben, das natürlich auch die Zustimmung der Reichspartei finden wird.

Der Reichsschatzsekretär Herr v. Stengel ist also — das darf heute schon als feststehend gelten — mit seinem Projekt einer Reichserbschaftsteuer an dem Widerstand der preussischen Stimmen im Bundesrat gescheitert. Mit der Erhöhung der Tabaksteuer soll die den Konservativen unbenannte Reichserbschaftsteuer erwirgt werden, und Herr v. Stengel hat sich offenbar schon, ohne sich über seinen Misserfolg sonderlich zu grämen, in das Unvermeidliche gefügt. Braußen hat also wieder einmal im Bundesrat seinen Willen durchgedrückt. Das öffentliche Zentrum wird auch mit unerbittlicher Befriedigung davon Bericht nehmen, daß ihm die Brantweinliebhaberei ungehindert erhalten bleibt.

Die Reichsfinanzreformvorlage, die durch die Aufnahme einer Reichserbschaftsteuer auch den Parteien der Linken schmachtig gemacht werden sollte, wird also jetzt ganz nach den Wünschen der Agrarier zugeschnitten sein. Während sie im ersten Falle im Reichstage schwerlich auf ernstlichen Widerstand gestoßen wäre, eröffnet die also veränderte Vorlage die Aussicht auf die heftigsten parlamentarischen Kämpfe. Das Zentrum hat sich durch seine maßgebenden Organe gegen eine Erhöhung der Tabaksteuer so unabweislich und energisch ausgesprochen, daß es einen event. späteren Umfall nicht riskieren kann, wenn es seine Wähler aus der Arbeiterklasse nicht zu tausenden in die Arme der Sozialdemokratie treiben will. Herr v. Stengel dürfte also mit dieser Reichsfinanzreform beim Reichstage wenig Gegenliebe finden. Sollte aber die Reichsregierung, wie ebenfalls schon schüchtern angedeutet worden ist, auf dieser Lösung der Reichsfinanzreformfrage unter allen Umständen bestehen und im Falle der Ablehnung der Vorlage an die Wähler appellieren wollen, so soll sie nur tun. Die Wähler werden ihr sicherlich eine recht deutliche Antwort erteilen.

Russland und Japan.

Zu den Friedensverhandlungen meldet das „Neuerliche Bureau“ aus Portsmouth: Beide Parteien haben die Protokolle vorbereitet, die in der Dienstag-Sitzung der Konferenz gegenständig vorgelegt werden sollen. Folgendes ist eine Uebersicht über die in den Protokollen enthaltenen Behauptungen, betreffend die von den Russen abgelehnten Artikel. Bezüglich des fünften Artikels behaupten die

Japaner, daß ihr Anspruch auf den Besitz von Sachalin sowohl auf Grund ihrer nationalen Rechte, als auch deshalb völlig gerechtfertigt sei, weil die Insel von der japanischen Streitmacht schon besetzt sei. Die Russen behaupten im Gegenteile, vor 1850 hätten die Japaner keinen Anspruch auf Sachalin gemacht und hätten nie die Insel kolonisieren können, schließlich sei die russische Souveränität durch Verträge von 1875 endgültig anerkannt worden. Bezüglich des neunten Artikels verlangen die Japaner die Rückzahlung der Kriegskosten. Da Japan auf Grund der russischen Angriffe und der Selbsterhaltung wegen gezwungen worden sei, die Waffen zuzugreifen, und da die Japaner überall siegreich gewesen seien, sei Japan berechtigt, die Entschädigung zu verlangen. Russland bestreitet die Lage Japans sei eine solche, daß es auf dieser Bedingung bestehen müsse. Russland erkennt nicht an, daß es überwunden sei, und behauptet, Japan habe auf Entschädigung keinen Anspruch, weil die japanischen Truppen kein russisches Gebiet besetzt hätten. Solches Verlangen sei ohne Beispiel. Russland habe niemandem Entschädigung und Kriegskosten gezahlt, auch nicht, als Napoleon Moskau besetzt hatte. Betreffend den zehnten Artikel erklären die Russen, das das Verlangen nach Uebergabe der internierten Kriegsschiffe den völkerrechtlichen Prinzipien widerspreche. Die Japaner behaupten das Gegenteil und erklären, die Einschränkung der russischen Seemacht im fernen Osten sei unbedingt unentbehrlich im Interesse der Erhaltung eines dauernden Friedens. Russland lehnt den Artikel gänzlich ab, fügt aber hinzu, es sei bereit zu der Erklärung, daß es keineswegs Japans Seemacht im fernen Osten zu bedrohen beabsichtige.

Ueber die Friedensaussichten soll sich die Bitte einem Vertreter des „Kof.-A.“ gegenüber recht pessimistisch geäußert haben. Er habe gesagt: „Die gegenwärtige Situation erscheint mir sehr gespannt, und ich glaube nicht an die Möglichkeit des Friedens. Die japanischen Bedingungen sind für Russland demütigend. Die Japaner suchen, glaube ich, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Sie kommen mit Änderungen im Text des Protokolls, die eine Neubearbeitung der Manuskripte erfordern. Ich kann vor morgen nicht sagen, daß jede Hoffnung geschwunden sei; aber die Aussicht auf Frieden erscheint mir so gering, daß ich sie gleich Null betrachte.“ Bitte demeritierte ferner folgende drei Punkte: erstens, daß Roosevelt ein Schiedsgericht vorgeschlagen, zweitens, daß er, Witte, außer seinen ursprünglichen neue Instruktionen aus Petersburg empfangen, drittens, daß Roosevelt den Rücklauf von Sachalin angeregt habe. Der Minister ist immer noch überzeugt, daß der Frieden in Russlands Interesse läge, ja für das Reich absolut nötig sei, wie es immer seine Ansicht war. Aber die Starrköpfigkeit der Japaner zwingt zur Fortsetzung des Krieges. Der Zar selbst habe ihm einen telegraphischen Telegramm mit der Bitte um Fortführung des Kampfes zugehen lassen.

Die für Dienstag anberaumte Sitzung der Friedenskonferenz wurde auf Mittwoch früh 9 1/2 Uhr verschoben. Als Grund wird angegeben, daß die Protokolle durch die Sekretäre noch nicht fertiggestellt seien.

Deutsch-Südwestafrika.

In der Ernennung des Herrn von Lindequist zum Gouverneur in Deutsch-Südwestafrika erblickt der konservative „Reichsbote“ ein Anzeichen dafür, daß nicht nur in der Verwaltung der Kolonie eine Aenderung eintreten, sondern daß auch die künftige Kriegführung eine andere sein wird, daß sie sich wieder der Art nähern wird, in welcher die Franzosen und Kamein die Schwarzen bekämpften. Der „Reichsbote“ ist der Ueberzeugung, daß durch das Angebot einer verhältnismäßig großen Truppenmenge sich in Südwestafrika den Schwarzen

gegenüber schnelle Erfolge nicht erzwingen lassen. Allerdings sei es gelungen, die Herero zu zerstreuen und die Witbois können ja möglicherweise auch dasselbe Schicksal erleiden. Aber damit sei die Widerstandskraft der Schwarzen noch nicht gebrochen und der Krieg noch lange nicht beendet. Das konservative Blatt nimmt Bezug auf Kenner der Verhältnisse, die bereits gesagt haben, daß es noch zwei Jahre dauern werde, bis die Kolonie sich wieder beruhigt habe, und spricht sich dann für eine umfassende Verringerung der Schutztruppe aus.

Eine neue südwestafrikanische Verlustliste meldet ein Telegramm aus Windhof: Sergeant Anton Raiba, geboren am 5. 6. 80 zu Mysłowiz, am 18. August 1905 im Lazarett Swakopmund an Typhus gestorben. Unteroffizier Wilhelm Warz, geboren am 22. 5. 82 zu Erfurt, wurde am 18. August 1905 in Dionson beim Schußschießen infolge eines Unglücksfalles durch einen Schuß in den Derrarm und die Lunge schwer verwundet und ist an demselben Tage im Lazarett Dionson an Herzschwäche infolge Blutverlustes gestorben. Reiter Karl Strainmann, geboren am 12. 8. 83 zu Gelsenkirchen, ist am 19. August 1905 in der Krankenanstalt Gibeon an Malaria gestorben.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Großer Kronrat wird gegenwärtig in Aschl. wo Kaiser Franz Josef in der Sommerfrische jährlich wohnt, abgehalten. Sämtliche gemeinsame Minister wollen im kaiserlichen Hoflager. Eine weitere Reihe von Staatsmännern ist auf dem Wege dorthin. Den Gegenstand der Beratung bildet natürlich die Situation in Ungarn. Augenscheinlich bedarf der ungarische Ministerpräsident Freiherr von Fejervary neuer Vollmachten, um der Koalition entweder erfolgreich gegenüber zu treten, oder die Koalition zu zerbrechen. Die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Sie kommen mit Änderungen im Text des Protokolls, die eine Neubearbeitung der Manuskripte erfordern. Ich kann vor morgen nicht sagen, daß jede Hoffnung geschwunden sei; aber die Aussicht auf Frieden erscheint mir so gering, daß ich sie gleich Null betrachte.“ Bitte demeritierte ferner folgende drei Punkte: erstens, daß Roosevelt ein Schiedsgericht vorgeschlagen, zweitens, daß er, Witte, außer seinen ursprünglichen neue Instruktionen aus Petersburg empfangen, drittens, daß Roosevelt den Rücklauf von Sachalin angeregt habe. Der Minister ist immer noch überzeugt, daß der Frieden in Russlands Interesse läge, ja für das Reich absolut nötig sei, wie es immer seine Ansicht war. Aber die Starrköpfigkeit der Japaner zwingt zur Fortsetzung des Krieges. Der Zar selbst habe ihm einen telegraphischen Telegramm mit der Bitte um Fortführung des Kampfes zugehen lassen.

Die für Dienstag anberaumte Sitzung der Friedenskonferenz wurde auf Mittwoch früh 9 1/2 Uhr verschoben. Als Grund wird angegeben, daß die Protokolle durch die Sekretäre noch nicht fertiggestellt seien.

Frankreich. Präsident Loubet wird, wie die Blätter melden, den im Department Aube stattfindenden und von General Brugeres zu leitenden großen Manövern beiwohnen. Eine Parade der Truppenteile, die an den Manövern teilgenommen haben, findet nicht statt. Am 11. September wird Präsident Loubet die an dem Manöver beteiligten Generale sowie die Militärbevollmächtigten der fremden Mächte zu einem Frühstück im Briemele-Chatou vereinigen. — Ministerpräsident Rouvier ist